



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Deutscher Mieterbund fordert Kurswechsel für eine sozial gerechte und nachhaltige Mieten- und Wohnungspolitik

71. Deutscher Mietertag

26.06.2025 Fachinformation

Auf der Auftaktpressekonferenz des 71. Deutsche Mietertages am 25. Juni 2025 präsentierten der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, und die Bundesdirektorin des Deutschen Mieterbundes, Dr. Melanie Weber-Moritz, die zentralen Forderungen des DMB für eine sozial gerechte und nachhaltige Mieten- und Wohnungspolitik. Im Schwerpunkt befasst sich der diesjährige Deutsche Mietertag mit den Themen Mietpreisbegrenzung, Bau und Erhalt bezahlbaren Wohnraums sowie klimagerechtes und bezahlbares Wohnen für alle Mieter*innen.

„Die wohnungspolitische Bilanz der letzten Jahre ist katastrophal. Zentrale Vorhaben für mehr Mieterschutz wurden in der vergangenen Legislaturperiode einfach nicht umgesetzt obwohl, über die Hälfte der Menschen in Deutschland zur Miete wohnen. Wohnen ist für viele Menschen im Jahr 2025 zum Armutsrisiko geworden. Haushalte zahlen zwischen 30 und 40 Prozent ihres Einkommens, 3,1 Millionen Haushalte zahlen sogar mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete. Das sind alarmierende Zahlen, denn beträgt die Miete mehr als 30 Prozent des Einkommens, drohen Verschuldung und in Folge der Verlust der Wohnung. Es besteht akuter Handlungsbedarf des Gesetzgebers. Denn nur wenn der rasante Mietenanstieg endlich radikal gestoppt wird, besteht die Chance, dass Wohnen nicht zur Armutsfalle wird“, erklärte **Siebenkotten**.

Der Deutsche Mieterbund fordert die zügige Umsetzung mietpreisbegrenzender Regeln, insbesondere die Verschärfung der Mietpreisbremse und eine empfindliche Sanktionierung, wenn gegen sie verstoßen wird. Der Mietenanstieg in Deutschland muss zudem durch die Ahndung von Wuchermieten und einen Mietenstopp im Bestand radikal gestoppt werden. Ein weiterer Schwerpunkt mietrechtlicher Reformen muss in der Regulierung der Kurzzeitvermietung und der Vermietung möblierten Wohnraums liegen. „Grund für das derzeit große Angebot möblierter Wohnungen ist nicht die immense Nachfrage, sondern dass manche Vermieter die Möblierung nutzen, um unzulässig hohe Mieten zu kassieren. Wir fordern daher den Gesetzgeber auf, dieses Problem zu beheben und eine verpflichtende Ausweisung von Grundmiete und Möblierungszuschlag im Mietvertrag gesetzlich zu verankern. Ebenso müssen Vermieter, die gegen mietpreisbegrenzende Regeln verstoßen, mit einem empfindlichen Bußgeld belegt werden,“ so **Siebenkotten**.

Der Deutsche Mieterbund erwartet eine Offensive für den Bau und den Erhalt bezahlbarer Wohnungen. Es fehlen hunderttausende bezahlbare Mietwohnungen. Der Bestand an Sozialwohnungen ist seit Jahren rückläufig und hat sich seit 2006 auf rund eine Million halbiert – Tendenz drastisch sinkend. „Der Markt allein kann und wird die Wohnungs- und Mietenprobleme nicht lösen, das zeigen die letzten Jahre. Wir brauchen mehr staatliches Engagement, umfassende öffentliche Förderung und gesetzliche Leitplanken auf den Wohnungsmärkten“, so **Siebenkotten**. „Auch muss die Neue Wohngemeinnützigkeit endlich so ausgestaltet werden, dass sie tatsächlich Anreize gibt, im bezahlbaren Segment zu bauen.“

Die Umsetzung eines klimaneutralen Wohnungsbestandes bei Gewährleistung leistbarer Wohnkosten gehört zu den zentralen wohnungspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre. „Die Mehrheit der Mieterinnen und Mieter wohnt in unzureichend gedämmten Wohnungen, die fossil beheizt werden. Für diese Haushalte werden die Heizkosten schnell

zur zweiten Miete. Die notwendigen Maßnahmen für die Wärmewende im Gebäudebestand dürfen daher nicht zu einer weiteren Verteuerung des Wohnens beitragen“, erklärt **Weber-Moritz**. „Um Mieter*innen vor zu hohen Energiekosten zu schützen, müssen endlich die Weichen für eine soziale Wärmewende im Gebäudebestand gestellt werden,“ so **Weber-Moritz**. Außerdem macht sie deutlich: „Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Voraussetzung für ein gutes und sicheres Leben. Aufgrund seines hohen Stellenwertes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt fordern wir, das Grundrecht auf Wohnen ins Grundgesetz aufzunehmen“.

Deutscher Mietertag

Der Deutsche Mieterbund ist die Dachorganisation von 15 Landesverbänden, in denen mehr als 300 örtliche Mietervereine organisiert sind. Etwa 3.500 ehrenamtliche und mehr als 1.300 hauptberufliche Mitarbeiter*innen sind für die Mieterorganisation tätig. In den örtlichen Mietervereinen sind ca. 3 Millionen Mieterinnen und Mieter zusammengeschlossen. Führungs- und Beschlussorgane sind der 13-köpfige Bundesvorstand, der Beirat, in dem die Landesverbände vertreten sind, und die Mitgliederversammlung – der Deutsche Mietertag.

Auf dem Deutschen Mietertag werden alle zwei Jahre die Richtlinien der Verbandspolitik festgelegt und Anträge aus den örtlichen Mietervereinen und Landesverbänden beraten. Der 71. Deutsche Mietertag findet vom 26. bis 28. Juni 2025 in Rostock-Warnemünde statt. Rund 400 Delegierte aus den örtlichen Mietervereinen sowie Gäste aus Politik, Wissenschaft und Verbänden werden erwartet.

Der geplante Ablauf des 71. Deutschen Mietertages 2025 sieht wie folgt aus:

Donnerstag, 26. Juni 2025

Start des internen Teils des Deutschen Mietertages (Mitgliederversammlung): Hier werden rund 70 wohnungspolitische und mietrechtliche Anträge aus den mehr als 300 örtlichen Mietervereinen des Deutschen Mieterbundes beraten und beschlossen. Im Schwerpunkt geht es um Fragen des Mietpreisrechts, des Kündigungsschutzes, des Bodenrechts, der Baulandmobilisierung, des Neubaus bezahlbarer Wohnungen, der sozialen Wohnraumförderung und der Erreichung der Klimaschutzziele im Gebäudebereich.

Freitag, 27. Juni 2025

Um 10 Uhr startet der öffentliche Teil des Deutschen Mietertages im Kongresszentrum Hohe Düne in Rostock-Warnemünde.

Die öffentliche Kundgebung beginnt mit Impulsen der **Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Verena Hubertz**, der **Staatssekretärin im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Ina-Maria Ulbrich**, der **Senatorin für Stadtplanung, Bau, Klimaschutz und Mobilität der Stadt Rostock, Dr. Ute Fischer-Gäde**, sowie des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Marcel Fratzscher. Die anschließende Diskussion moderiert Lena Mosel.

Nach Ende des öffentlichen Teils gegen 12 Uhr nimmt der Deutsche Mietertag wieder seine interne Antragsberatung auf.

Quelle: Deutscher Mieterbund e. V.

Live-Stream Mietertag (27.6. 10-12 Uhr):

<https://ta1098b39.emailsys1a.net/c/93/8433017/4103/0/9875055/1078/690821/8f3586e516.html>

<https://bbu.de/beitraege/deutscher-mieterbund-fordert-kurswechsel-fuer-eine-sozial-gerechte-und-nachhaltige-mieten-und-wohnungspolitik>

